

24.9.2011

## Staatskanzlei

### **Publikation der kantonalen Initiative «Boden behalten – Basel gestalten! (Bodeninitiative)»**

Die Staatskanzlei hat am 21. September 2011 durch Verfügung festgestellt, dass die Unterschriftenliste und der Titel der nachstehenden Initiative den Formvorschriften des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum entsprechen.

#### **Kantonale Initiative «Boden behalten – Basel gestalten! (Bodeninitiative)»**

Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Stimmberechtigten folgende formulierte Initiative ein:

#### ***Das Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz) vom 16. April 1997 wird wie folgt geändert:***

*Neu werden §§ 39a und 39b des Finanzhaushaltsgesetzes wie folgt eingefügt:*

##### **§ 39a Keine Veräusserung von Liegenschaften**

Liegenschaften werden grundsätzlich nicht veräussert, können Dritten jedoch insbesondere im Baurecht zur Nutzung überlassen werden.

##### **§ 39b Ausnahmen**

###### **Absatz 1:**

Zulässig ist der Verkauf oder Tausch von Liegenschaften, wenn ein gleichwertiger Ersatz erworben wird, welcher in Bezug auf Fläche und Nutzung mit der zu veräussernden Liegenschaft vergleichbar ist. Ein allfälliger Überschuss fällt in den Landerwerbsfonds.

###### **Absatz 2:**

Ein Verkauf gemäss Abs. 1 bedarf der Genehmigung des Grossen Rates. Die Genehmigung darf erst erfolgen, wenn gleichzeitig der Erwerb eines gleichwertigen Ersatzes vorgenommen wird.

###### **Absatz 3:**

Ist der Kanton zur Veräusserung von Liegenschaften aufgrund einer Enteignung verpflichtet, so ist die Entschädigung in den Landerwerbsfonds zu legen.

###### **Absatz 4:**

Zulässig ist ferner ohne Genehmigung des Grossen Rates der Verkauf von Teilflächen von Liegenschaften bis zu einer Fläche von 100 m<sup>2</sup>, insbesondere im Zusammenhang mit Grenzbereinigungen.

*§ 41 und § 42 mit den zugehörigen Überschriften werden wie folgt geändert:*

##### **§ 41 Kompetenzen**

###### **Absatz 1:**

[Wie bisher]

###### **Absatz 1bis:**

Vorbehalten bleiben §§ 39a und 39b.

###### **Absatz 2:**

[Wie bisher]

##### **§ 42 Delegation von Anlagekompetenzen**

Der Regierungsrat kann durch Verordnung die Zuständigkeit für Anlagen, Veräusserungen und weitere Dispositionen delegieren. Diese Befugnis erstreckt sich nicht auf den Erwerb und die Veräusserung von Liegenschaften. Für die Veräusserung von Liegenschaften gilt § 39b.

*Neu werden §§ 42a und 42b des Finanzhaushaltsgesetzes wie folgt eingefügt:*

§ 42a Überführung von Mitteln aus dem Mehrwertabgabefonds / Landerwerbsfonds

Der Grosse Rat überführt Mittel des Mehrwertabgabefonds in den Landerwerbsfonds, sofern und soweit der Mehrwertabgabefonds noch über ein freies Vermögen von mindestens CHF 5'000'000 für Aufgaben im Rahmen der Zweckbestimmung gemäss § 120 Abs. 1 des Bau- und Planungsgesetzes verfügt.

§ 42b Verwendung der Mittel des Landerwerbsfonds

Absatz 1:

Die Mittel des Landerwerbsfonds werden für den Erwerb von Liegenschaften für die Stadtentwicklung, insbesondere für den gemeinnützigen, familienfreundlichen und/oder Ressourcen und Umwelt schonenden Wohnungsbau verwendet.

Absatz 2:

Über die Verwendung der Mittel im Landerwerbsfonds im Rahmen der Zweckbestimmung entscheidet der Regierungsrat.

*Das Bau- und Planungsgesetz (BPG) vom 17. November 1999 wird wie folgt geändert:*

§ 120 Zweck

Absatz 1:

[Wie bisher]

Absatz 2:

Die auf Grundstücke in der Stadt Basel entfallenden Abgaben sind grundsätzlich für die Schaffung neuer oder für die Aufwertung bestehender öffentlicher Grünräume wie Parkanlagen, Stadtwälder, Alleen und Promenaden zu verwenden.

Absatz 3:

Der Grosse Rat überführt Mittel des Mehrwertabgabefonds in den Landerwerbsfonds, sofern und soweit der Mehrwertabgabefonds noch über ein freies Vermögen von mindestens CHF 5'000'000 für Aufgaben im Rahmen der Zweckbestimmung gemäss Abs. 1 verfügt. In Bezug auf die Verwendung der Mittel des Landerwerbsfonds gilt § 42b des Finanzhaushaltsgesetzes.

Übergangsbestimmung: Vorstehende Bestimmungen treten sofort nach ihrer Annahme durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in Kraft.

Kontaktadresse:

Bodeninitiative  
c/o Stiftung Habitat  
Rheingasse 31  
4058 Basel

Ablauf der Sammelfrist gemäss § 47 der Kantonsverfassung: 24. März 2013

Basel, 21. September 2011

Die Staatsschreiberin:

Barbara Schüpbach-Guggenbühl

[Zurück](#) | [Home](#) | [Seite drucken](#)